

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“ „Aus der Welt“ „Frauenstimme“ „Der Kinderfreund“ „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Weite“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Standardzeile 80 Pfennig. Restzeile 5 Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das fettdruckte Wort 25 Pfennig (außer bei fettdruckten Worten).

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Einbrennstroße, abgegeben werden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 15. Dezember 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Stresemanns Heimkehr.

Heute Kabinettsitzung, dann Parteiführerkonferenzen. — Was wird mit Geßler und der Reichswehr?

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist am Dienstag nachmittag um 5 Uhr wieder in Berlin eingetroffen.

Auch Hindenburg ist befriedigt!

WTA. meldet: Der Herr Reichspräsident empfing gestern am Spätnachmittag Reichsaußenminister Dr. Stresemann zum Vortrag über die Genfer Konferenzen.

Reichswehr und Regierungsparteien.

Eine demokratische Entscheidung.

Die Regierungsparteien beabsichtigen, bei der dritten Lesung des Reichswehrgesetzes von der demokratischen Fraktion eine Entscheidung einbringen zu lassen.

Entscheidend an dieser Entscheidung ist natürlich der Wortlaut. Im übrigen aber steht nicht nur das Reichswehrproblem, sondern außerdem — wie es in der bekannten Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion heißt — die „künftige Gestalt der Reichsregierung“ bei der dritten Lesung des Nachtragsetats zur Debatte.

Wie er es auffaßte.

Warum Michaelis den Reichstag betrog.

Der Reichstag ist im Herbst 1917 von der kaiserlichen Regierung betrogen worden. Das steht nach den Geständnissen, die der Reichskanzler a. D. Michaelis gestern im Untersuchungsausschuß ablegte, eindeutig fest.

Man vergegenwärtige sich den Tatbestand! Ein Siebenerausschuß wird berufen, um auf die diplomatische Kriegsführung Einfluß zu nehmen, ein Ausschuß von siebenmal Geßler, weil man dem großen Hauptausschuß keine Geheimnisse anvertrauen will.

Hätte der Siebenerausschuß erfahren, wie die Antwortnote — die noch nicht veröffentlicht war — von der Kurie beurteilt wurde, so hätte er höchstwahrscheinlich die Note in aller Stille zurückgezogen und durch eine bessere ersetzt.

Nicht genug damit! Herr Michaelis setzt sich hin und schreibt dem Runtius einen Brief, der durch die Art, wie er die Note kommentiert, erst recht jedes Hoffnungsünkchen zusammenbricht.

Herr Michaelis gesteht das alles ein. Aber er hat es aut gem e i n i! Er glaubte, daß England durch den U-Boot-Krieg müde geworden sei, und daß es mit einem Friedensangebot herauskommen werde.

In der Zentrumsfraktion des Reichstags wurde am Dienstag abend eingehend die innerpolitische Lage besprochen.

Zwei Stimmen.

Die deutsche „Germania“ und der diplomatische Herr Rülz.

Aus den Pressestimmen, die sich mit der Scholz-Krise und den Möglichkeiten ihrer Lösung beschäftigen, verdienen zwei festgehalten zu werden.

„Wir möchten aber gerne klar sehen, wohin die Reise gehen soll. Darum schlagen wir dem Abg. Scholz vor, das Rebellengebilde der „neutralen Regierung der Mitte“ zu beseitigen und uns auf die Alternative zu einigen: Politik der Mitte mit der Sozialdemokratie oder Rechtspolitik mit den Deutschnationalen.“

Wir befinden uns im Einklang mit allen programmatischen Grundgedanken des Zentrums in der letzten Zeit und mit den Anschauungen seiner maßgebenden Politiker, wenn wir sagen: Die von dem Abg. Scholz herausbeschworene Krise mit dem offenen oder versteckten Bürgerblock abzuschließen, wäre, gemessen an der voraufgegangenen außen- und innerpolitischen Entwicklung, der Gipfel der Unlogik.“

Die andere ist die des Herrn Rülz. Er schreibt in einem Dresdener Blatt:

„Die Sozialdemokratie hat bisher der Politik der Reichsregierung keine besonderen Schwierigkeiten bereitet. Dieses Gesamturteil wird bei objektiver Würdigung auch nicht durch ihren Kampf gegen das Jugendschutzgesetz und den Reichsinnenminister als Verantwortlichen dieses Gesetzes beeinträchtigt.“

Die „Germania“ will den Bürgerblock nicht, Herr Rülz will es sich überlegen, ob er den Bürgerblock will oder nicht. Uns scheint, er nähert sich verdächtig Herrn Scholz.

Jedoch der schrecklichste der Schrecken — das ist der politische Dilettant, der es gut meint.

In Wirklichkeit kann man diesem Michaelis nur einen Vorwurf machen: daß er nicht Selbsterkenntnis genug besaß, um den ihm angebotenen Kanzlerposten mit hocherbobenen Händen abzulehnen.

Die Frage wäre schließlich dahin zu erweitern: Wie war es möglich, daß ein Land, das von solcher Unfähigkeit regiert war, den Krieg erst nach vier Jahren vertor und nicht schon nach vier Wochen?

Aber der Krieg war ja nach vier Wochen in Wirklichkeit schon verloren, nur durfte das deutsche Volk auch davon nichts erfahren!

Dieser Michaelis ist ein kleiner armer Sünder. Angstlich sieht er sich nach allen Seiten um Hilfe um. Er hat sich von seinem Kaiser einen Brief zu seiner Rettung schreiben lassen, und er ruft alle fünf Minuten in weinerlichem Ton nach seinem Rühlmannen, der nun heute ausfallen soll.

Er wird ihn nicht herausreißen! Wie sollte er auch, da er selber geständig ist und nur noch auf mildernde Umstände plädiert? Gewähren wir sie ihm, sie stehen ihm in weiterreichendem Maße zu, als er selber weiß.

Aber, daß ein großes Reich in einem großen Krieg so regiert werden konnte... Man saß sich an den Kopf.

Ueber die durch das Schandurteil vorgeschriebene Einrichtung von Prüfstellen ist nach amtlicher Mitteilung eine Entscheidung noch nicht getroffen worden.

Die neuen Arbeitsgerichte.

Ein erfolgreicher Kampf.

Der Kampf um die Gestaltung der künftigen Arbeitsgerichte ist beendet. Hoch gingen die Wogen dieses Kampfes, und mehr als einmal war das Schicksal des Gesetzes ungewiß.

Eine besonders traurige Rolle spielten die Kommunisten. Sie lehnten zwar die Abänderungsanträge ab, stimmten jedoch bei der Gesamtabstimmung über den entscheidenden § 11 mit den Deutschnationalen dagegen.

Die neue Regelung der Prozeßvertretung durch das Arbeitsgerichtsgesetz bedeutet einen erheblichen Fortschritt gegenüber dem gegenwärtigen Zustand.

Die kommende Organisation der Arbeitsgerichte gliedert sich wie folgt: Erste Instanz sind die selbständigen Arbeitsgerichte; zweite Instanz sind die Landesarbeitsgerichte unter Anlehnung an die Landgerichte.

Bei der Stellung der Vorsitzenden für die Arbeitsgerichte ist durch die Bemühungen der Sozialdemokratie das Richtermonopol durchbrochen.

Als Vorsitzende der Landesarbeitsgerichte können auch Personen berufen werden, die die Befähigung zum Richteramt haben, also auch hier kein unbedingtes Monopol der ordentlichen Richter.

Bei den Arbeitsgerichten und Landesarbeitsgerichten sind Beisitzerausschüsse zu bilden. Sie sind vor der Bildung von Kammern, vor der Geschäftverteilung, vor der Verteilung der Beisitzer auf die Kammern und vor der Aufstellung der Listen über die Heranziehung der Beisitzer zu den Sitzungen zu hören.

Der soziale Ausschuß des Reichstages hatte beschlossen, den Arbeitnehmerbeisitzern den gleichen Schutz wie den Betriebsvertretern auszusprechen.







Weihnachtsspende für die städtischen Arbeiter.

Ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung.

Nun hat die Berliner Stadtverordnetenversammlung, nachdem sie in der vorigen Sitzung den Beamten und Angestellten der Stadt eine Weihnachtsspende zugewilligt hatte, gestern auch für die städtischen Arbeiter einen ähnlichen Beschluß gefaßt.

Die gestern abgehaltene außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten beschäftigte sich zunächst mit der aus dem vorbereitenden Ausschuss zurückgekommenen Vorlage wegen der Errichtung eines

Hallenbades im Bezirk Mitte.

Das Bad soll auf dem Gelände des städtischen Grundstückes Gartenstraße 5 und Bergstraße 78 gebaut werden. Dieses Grundstück spielt jetzt die Rolle eines Grünplatzes im Bezirk, wenn auch in sehr bescheidenem Maße.

Befähigungszwang der Schwestern

in den städtischen Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten ausgesprochen. Der Magistrat hat sich diesem Beschluß nicht angeschlossen, sondern der Versammlung zur Kenntnisnahme mitgeteilt, daß er an der Befähigung der in den Anstalten wohnenden Schwestern durch die Anstalt festhalten müsse.

kommunalen Bedürfnisse, ein klares, übersichtliches Steuersystem eingeführt wird und die angekündigte Verwaltungsreform baldigst durchgeführt wird.

Weihnachtsbeihilfe für städtische Arbeiter

beschlossen. Der Ausschuss schlug vor, jedem Arbeiter 50 M. zu geben, für die Frau 10 M. und jedes Kind 5 M. Das wurde angenommen.

Die Geschäftsgründungen der Familie Koch. Ein Inflationsprojekt grühten Stiles.

Nach viereinhalbwöchiger Verhandlung ging am Dienstag ein Betragsprozeß gegen sieben Angeklagte, der unter dem Vorbehalt von Amtsgerichtsrat Liebegott vor dem Erweiterten Schöffengericht Mitte geführt wurde, zu Ende.

In der Zeit von 1921 bis 1925 wurden in Berlin und in der weiteren Umgebung bis nach Wittenberge Verkaufsgeschäfte sowie Import- und Exportgroßhandlungen errichtet, als deren Inhaber Strohmänner benannt wurden.

fängnis, der Schwager Krämer ein Jahr Gefängnis, beiden wurde aber auch für einen größeren Teil der Strafe Bewährungsfrist gegeben.

Schau der Geisteswissenschaften.

Projekte zur Berliner Ausstellung 1930.

Die Märkische Arbeitsgemeinschaft der Freien Deutschen Akademie des Städtebaues veranstaltete am gestrigen Dienstagmorgen eine Kundgebung, in der neue Vorschläge zu dem Projekt einer Internationalen Ausstellung im Jahre 1930 in Berlin gemacht wurden.

„Raute“.

Einer der größten Fischhändler Berlins ist zurzeit wohl, obgleich sein Appetit seit dem Sommer stark zurückgegangen ist, „Raute“, der See-Elefant des Zirkus Carl Hagenbeck.

Die Wunder der Klara van Haag.

38] Von Johannes Buchholz. Aus dem Dänischen überfetzt von Erwin Magnus. Hedwig wandte den Kopf und sah, daß Johan lachte. Sie wurde so froh und lachte mit, aber da hörte er auf.

wollte hinaus auf eine seiner berühmten und geheimnisvollen Fabriken, um in der Einsamkeit zu spielen. Seit der Unterredung mit Frau van Haag hatte er mit fieberhaftem Eifer geübt.

ausgestreckte, helfende Hand. Nein, so hatte sie sich das Glück doch nicht gedacht. „Aber, warum kommen Sie denn nicht?“ „Auf Wiedersehen, Johan Fors.“ sagte sie still.











Einrichtung zur Beeinflussung der auswärtigen Politik, sondern zur Verhandlung über die Beamtentätigkeit der Postnote. Als am 10. September der Vorlauf der Postnote im Ausschuss formuliert worden war (Abg. Scheidemann: Nur (stillschweigend), war die Aktion des Siebenerausschusses abgeschlossen. Jedenfalls war der Brief vom 24. September eine neue Angelegenheit, bei der eine Verpflichtung des Reichskanzlers zur Unterrichtung des Siebenerausschusses nicht mehr anerkannt werden konnte.

### Der Siebenerausschuss beiseite geschoben.

**Vorsitzender:** Ich habe den Eindruck, daß der Siebenerausschuss praktisch beiseite geschoben worden ist bei den Verhandlungen mit einigen Abgeordneten, die insbesondere die Träger der Friedensaktion waren.

**Abg. Dittmann (Soz.):** Der Siebenerausschuss war ein Vertrauensausschuss des Reichstages, um mit der Regierung einen Weg zum Frieden zu suchen. Dem Ausschuss sind, wie ich den Zeugen verstanden habe, aber nur ganz beschränkte Informationen zuteil geworden; zum Beispiel die Verhandlungen mit England sind ihm nicht mitgeteilt worden. Ist nicht auch dem Reichskanzler Michaelis damals schon die Erkenntnis gekommen, daß eigentlich die Regierung dem Siebenerausschuss gegenüber eine Art doppelter Buchführung betrieben hat, und daß der Ausschuss eigentlich das fünfte Rad am Wagen war?

**Zeuge Dr. Michaelis:** Es wäre mir sehr erwünscht gewesen, in dem Siebenerausschuss ein Zwischenorgan zwischen Reichsregierung und Parlament zu bekommen. Das scheiterte aber am Widerspruch des Parlaments.

**Abg. Dr. Bergströmer (Dem.):** Nach den Mitteilungen Bethmann Hollweg steht fest, daß der Nuncius Bacelli am 26. Juni 1917 zum ersten Male zu Bethmann Hollweg kam, wobei zum ersten Male über Belgien gesprochen wurde. Auf die Frage des Nuntius nach unseren Zielen bezüglich Belgiens hat Bethmann Hollweg geantwortet, daß wir seine volle Unabhängigkeit wieder herstellen würden. Nun steht außer Zweifel, daß die Verhandlungen vom 24. September 1917 diese volle Unabhängigkeit Belgiens nicht zulagen. Zwischen der Politik Kühlmanns und derjenigen Bethmann Hollwegs besteht also ein sehr scharfer Unterschied, und ich möchte wissen, ob dieser Gegenstand Herrn Dr. Michaelis als Reichskanzler bewusst gewesen ist, bzw. ob er bei der Uebergabe der Amtsgeschäfte besprochen worden ist.

**Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis:** Auch hierauf kann ich mich nicht entsinnen.

**Abg. Joos (Z.):** Der Entwurf der Antwortnote ist dem Nuntius Bacelli mitgeteilt worden, von diesem selbst aber als nicht genügend angesprochen worden. Davon wurde dem Siebenerausschuss gar keine Mitteilung gemacht, obwohl es sich doch nach Dr. Michaelis' Auffassung um eine Vertrauensinstitution bei diesem Ausschuss handelte.

### Michaelis Geständnis.

**Dr. Michaelis:** Ich erinnere an das Wort des Abg. Dr. David im Reichstag, als er mich fragte: Was ist eigentlich mit dem Siebenerausschuss, lebt er noch, rüchelt er noch? Der Siebenerausschuss ist eben darum, weil er nicht von dem Vertrauen des Parlaments zu seiner Produktivität und seiner wirklichen Aufgabe getragen wurde, eingestraften.

Wenn ich die Bedenken der Arie dem Siebenerausschuss nicht mitgeteilt habe, dann ist selbstverständlich der Gedanke berechtigt, ich wolle also dem Siebenerausschuss in dieser Sache nichts weiter mitteilen. Das ist richtig. Weswegen das in der Tat für uns eine zwingende Notwendigkeit war, bin ich wegen der Besprechungen, die nebenher liefen, nicht mehr in der Lage, genau zu sagen. Ich bitte, diese Frage Herrn v. Kühlmann zu vorzulegen. Sollte er nicht in der Lage sein, sie aufzuklären, dann können Sie mir den Vorwurf machen: Das ist ohne Grund

dem Siebenerausschuss nicht mitgeteilt worden. Dann muß ich mich dem beugen.

**Abg. Dittmann (Soz.):** Sie haben gesagt, die oberste Heeresleitung hätte Sie nur gebeten, mäßigend einzuwirken auf gewisse Kreise im Innern. Welche Kreise waren es denn, die in solcher Weise auf die oberste Heeresleitung und damit auch auf die Reichsleitung einzuwirken suchten? Waren es Kreise der Schwerindustrie, des Großgrundbesitzes, oder waren es die sieben Wirtschaftsverbände, die die berühmte Eingabe an den Reichstag gemacht haben? Ich habe übrigens nichts dagegen, wenn hier festgestellt wird, daß nur Herr Graf Westarp, der sich ja schon selbst gemeldet hat, der Alleinschuldige ist.

**Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis:** Uns war bekannt, daß zur obersten Heeresleitung sehr viele Herren aus dem Innern des Landes kamen und mit ihr Besprechungen hatten. Das waren einmal Gruppen der Industrie, einmal Leute aus anderen Kreisen des Landes, es waren die verschiedensten Kreise. Und auf diese, die der obersten Heeresleitung berichteten, bei uns zu Haus ist alles empört über die und die Ziele, sollte eingewirkt werden. Da habe ich mir den maßvollsten Mann ausgewählt, den ich kannte, und habe ihm gesagt: Wenn Sie zur obersten Heeresleitung fahren und nachher erzählen, was Sie dort gehört haben, dann wird das großen Einfluss auf Ihre Partei haben. Graf Westarp hat diese Aufgabe dankenswerterweise übernommen.

In einer persönlichen Bemerkung erhebt Abg. Graf Westarp (Zent.) Einspruch gegen die Feststellung des Abg. Dittmann, daß er auf die oberste Heeresleitung habe einwirken wollen. Er müsse es dem Abg. Dittmann überlassen, wenn er auf diese Weise der Öffentlichkeit ein agitatorisch wirkendes Bonmot zuwerfen wolle.

Darauf verlegt der Ausschuss die weitere Bernehmung des Reichskanzlers a. D. Michaelis und die des Staatssekretärs a. D. v. Kühlmann auf Mittwoch, 10 Uhr vormittags.

### Die Umbildung des Reichsfinanzministeriums Beamtensfragen vor dem Haushaltsausschuss.

Als wichtigster Beratungspunkt lag dem Ausschuss für den Reichshaushalt in seiner Diensttagssitzung die Besprechung der ihm vom Plenum überwiesenen „Denkschrift über die Umbildung des Reichsfinanzministeriums“ vor. In dieser Denkschrift legt der Reichsfinanzminister in ausführlicher Weise die Gründe dar, die ihn veranlaßt haben, bei der Reorganisation seines durch die ganze Entwicklung der letzten Jahre aufgeblühten Ministeriums mehrere höhere Beamte auf Grund von § 24 des Reichsbeamtenengesetzes in den einstufigen Ruhestand zu versetzen. Dieses Vorgehen des Ministers hatte die Deutsche Volkspartei und Deutschnationalen veranlaßt, im Plenum Anträge zur Abänderung des Reichsbeamtenengesetzes einzubringen, in denen übereinstimmend verlangt wird, daß die Frage, ob die Voraussetzungen des § 24 zutreffen, der richterlichen Bestimmung des Reichsbeamtenengesetzes mit Wirkung vom 1. September 1926 in Kraft tritt. Dadurch soll den verabschiedeten Beamten die Möglichkeit gegeben werden, nachträglich noch richterliche Entscheidung zu verlangen. Auch diese Anträge waren dem Haushaltsausschuss vom Plenum überwiesen worden.

**In deiner Parteibuchhandlung**  
J. S. W. Dieh Nachf. (früher Vorwärts-Buchhandlung) Lindenstr. 2, laufft du für deine Kinder  
**die billigsten und besten Jugendschriften**

Die Anträge wurden vom Abg. Morath (D. Sp.) und hintereinander von den drei deutschnationalen Abg. Schmidt-Stettin, Harmony und v. Dryander begründet, von denen insbesondere der letztere ausführte, daß dieser Beamtenabbau der Rechtsgarantien entbehre. In seiner Erwiderung erklärte der Reichsfinanzminister, in der Hochschätzung des Berufsbeamtenstandes und in dem Bestreben, es gegen Antastung seiner Rechte zu schützen, sei er mit dem Ausschuss einig. Er könne daher auch nur die feinerzeit abgegebene Erklärung zu der feinerzeit machen, daß eine Wiederholung des Beamtenabbaues keinesfalls in Frage komme. Die Umorganisation des Reichsfinanzministeriums sei indessen kein Personalabbau, da hier rechtlich auf Grund des § 24 des Reichsbeamtenengesetzes vorgegangen ist. Eingehende Erwägungen über die Anwendbarkeit dieser Bestimmung und die schonendste Durchführung der Maßnahme seien der Verordnung des Reichspräsidenten vorangegangen. Gerade um das Beamtenrecht soweit als möglich zu schützen, sei die Anwendung des § 24 nicht in die Entscheidung des Ministers allein gestellt, vielmehr sei eine Kabinettsentscheidung und die Verordnung des Reichspräsidenten herbeigeführt worden. Damit wurde eine den Beamten günstige Staatspraxis geschaffen. Seinem Bestreben, den Rechtsschutz der Beamten zu stärken, entspreche es durchaus, wenn der § 24 des Reichsbeamtenengesetzes unter besonderen Rechtschutz gestellt wird. Hierfür zu sorgen, dürfe die Beratung des Beamtenengesetzes die erwünschte Möglichkeit geben. Die mittleren und unteren Beamten könnten verfehlt werden. Bei den höheren Beamten wäre dies nach Lage der Sache nicht möglich gewesen. Selbstverständlich hätten politische oder persönliche Gründe in keinem Falle mitgesprochen. Alle Anwesen, die zum Schutz der Beamten denkbar waren, sind eingeschoben, jede denkbare Schonung berücksichtigt worden.

Während der Rede des Ministers wurde ein neuer demokratischer Antrag zur Änderung des Reichsbeamtenengesetzes eingebracht. Der Vorsitzende machte nach der Verlesung darauf aufmerksam, daß es nicht Aufgabe des Haushaltsausschusses sei, Sachverhalte zu ändern. Seine Aufgabe sei finanzpolitischer Natur. Gegen die Besprechung des volksparteilichen und deutschnationalen Antrages habe er nichts einzuwenden können, da sie vom Plenum überwiesen seien. Wenn aber nun die Debatte sich zu einer Verhandlung über das Reichsbeamtengesetz stelle, so gehöre eine solche Verhandlung nicht in den Haushaltsausschuss, sondern in den zuständigen Ausschuss. Nach einer lebhaften Geschäftsordnungsdebatte wurde dieser Anregung des Vorsitzenden entsprochen und beschlossen, dem Plenum zu empfehlen, Denkschrift und Anträge an den zuständigen Ausschuss zu verweisen.

### Soziale Staffelung der Weihnachtzulagen ... in Mecklenburg.

Schmetin, 14. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Was im Reich und bei anderen Länderregierungen nicht möglich war, weil die bürgerliche Mehrheit eine soziale Staffelung der Weihnachtbeihilfen für Beamte zu verhindern wußte, ist in dem von einer Linksopposition geleiteten, früher als reaktionär verschrienen Mecklenburg gelungen. Hier hat der Hauptausschuss des Mecklenburgischen Landtags auf Vorschlag der Regierung beschlossen, Weihnachtzulagen von dem Gesichtspunkt der Bedürftigkeit auszugeben. Es erhalten die Verheirateten der Gehaltsklassen I bis IV 50 M. und die Unverheirateten 30 M. Die gleichen Sätze erhalten die Staatsarbeiter. Für die Klassen VII bis XII ist dagegen nur eine Frauenzulage von 10 M. und eine Kinderzulage von je 5 M. vorgesehen. Den Gemeinden wird ein Viertel der für sie entstehenden Lasten vom Land ersetzt.

**Flotter Biberzylinder-Mantel, gute Qualität, ganz gefüttert, eigene Fabrikation**  
M. 29<sup>50</sup>  
Fischer Seidenhut M. 7<sup>50</sup>

**Elegantes Crêpe de Chine-Kleid, aparte Form, Rock ringsherum mit breiter Spitze, eigene Fabrikation**  
M. 29<sup>50</sup>

# Teiltzahlung

**Selbstfabrikation**  
der gesuchtesten Artikel in Damen-, Herren-, Kinder-Konfektion, Wäsche und Schuhwaren ermöglicht unsere billigen Preise.

**Unsere Schaufenster,**  
jeder Gegenstand mit Preis ausgezeichnet, überzeugen von der Billigkeit unserer Waren.  
Zu diesen billigen Preisen kaufen Sie bei uns auf Teiltzahlung mit

**1/3 Anzahlung u. 3 Monatsraten,**  
bei Käufen über 100 Mark

**1/5 Anzahlung u. 5 Monatsraten.**

Kein Aufschlag für Zinsen und sonstige Unkosten auf unsere Kassepreise. Ungenierter Kauf wie in jedem großen Kaufhaus.

**Unsere Artikel:**

Damen-Konfektion	Damenhüte	Pullover
Herren-Konfektion	Herrenhüte	Strickwesten
<b>Kinder-Konfektion</b>		<b>Schuhwaren</b>
Kleiderstoffe	Wäsche	Teppiche
Mantelstoffe	Gardinen	Läuferstoffe
Herrenstoffe	Steppdecken	Linoleum
<b>Sprechapparate</b>		
Lederwaren	Uhren	Nickelwaren
Schirme	Goldwaren	Kristall
<b>Geschenkartikel aller Art</b>		

**Sonntag von 2-6 Uhr geöffnet**

**Schwerer Winter-Überster mit ange-webtem Futter, tadelloser Sitz, eigene Fabrikation** M. 86.  
**Moderner Flauschhut** M. 6<sup>50</sup>

**and Verarbeitung, eigene Fabrikation** M. 72.  
**Wollhut** M. 3<sup>75</sup>

**Belle-Alliance**  
Str. 7-10  
Am Untergrundbahnhof

**Jonass u. Co.**







